

# Volkstimme

Einzelpreis 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahm der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Emil Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von E. Blumhagen & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnr. 1111. Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 414.

Belegpreis: Vierteljährlich einfl. 3.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Subskribenten Vierteljährlich 2.45 Mk., monatlich 0.85 Mk. Bei den Postanstalten Viertelj. 2.75 Mk., monatlich 1.25 Mk. ohne Postgeb. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: Die gewöhnliche Kolonnenzeile 20 Pf., Anzeigen von außerhalb 25 Pf. Im Reichsteil Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Nachzahl geht voran, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postvertrauen: Nr. 5298 Berlin.

Nr. 272.

Magdeburg, Dienstag den 19. November 1918.

29. Jahrgang.

## Wahlen am 2. Februar!

Mit festem Schritte geht die sozialdemokratische Regierung den Weg zur Demokratie. Keinen Augenblick hat sie Zweifel daran gelassen, daß es einen andern Weg für sie nicht gibt. Sie hat in ihrer ersten Grundgebung die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, eines verfassungsgebenden Volksrats angekündigt, sie hat in allen ihren weiteren Grundgebungen die Ankündigung bestätigt. Schon am 16. November, dem siebenten Tage der Revolution, konnte der „Vorwärts“ melden, daß das Wahlgesetz fertiggestellt sei.

Zugleich erfolgte die Ernennung des sozialpolitisch stark nach links gerichteten bürgerlichen Demokraten Prof. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern. Vom Staatssekretariat des Innern aus sind die ganzen Vorbereitungen zu den kommenden Wahlen zu leiten. Zwei Tage vor seiner Ernennung zum deutschen Wahlminister hatte Preuß einen Artikel im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, in dem er sich scharf gegen einen bolschewistischen „verkehrten Obrigkeitstaat“ wendete und den freien Volksstaat der Demokratie verlangte. Zwei Tage darauf ward Preuß von der sozialdemokratischen Regierung dazu berufen, die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vorzubereiten.

Das zeigt jedem, daß das Reichsamt unter sozialdemokratischer Steuerung den demokratischen Kurs nimmt, unbeeinträchtigt von bolschewistischen Strömungen und Bindungen.

Es ist jetzt angekündigt, daß der verfassungsgebende Rat des deutschen Volkes am 2. Februar gewählt werden wird. Das heißt in zehn Wochen wird

### eine Wahlkämpfe geschlagen

werden, die über das ganze Schicksal des deutschen Volkes entscheidet. Es ist schwer, sich von der Größe dieses Ereignisses eine richtige Vorstellung zu machen. Man muß sich von dem Gefühl durchdringen lassen, daß von diesem Tage einfach alles abhängt. Wie alle Kriege der Welt ein Kinderpiel waren gegen den Weltkrieg, der jetzt hinter uns liegt, so sind alle Wahlkämpfe, die wir um den alten Reichstag geführt haben, ein wahres Kinderpiel gegen den Wahlkampf, der jetzt entbrennt. Das Letzte muß daran gesetzt werden, um in ihm zu siegen.

Wir treten mit dem heutigen Tage in diesen Wahlkampf ein. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß sein Ausgang im höchsten Grade davon abhängen wird, was die Regierung, unsere Regierung, bis dahin tut. Mögen ihr auf ihrem entsetzlich schwierigen Wege Erfolge beschieden sein! Wenn es ihr gelingt, die Volksernährung über die schwersten aller Kriege hinwegzuführen, die Demobilisierung in Ordnung durchzuführen und einen Dauer versprechenden Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke Raum zum Leben und Arbeiten läßt, einen Frieden, wie ihn

### die Hohenzollern nie erreicht

haben würden, dann wird sie vor Volk und Geschichte groß dastehen. Möge sie sich von eisernem Willen und vom Geiste lauterster Rechtfertigkeit und freierwilliger Volksgesinnung erfüllen lassen. Mögen wir alle, jeder an seinem Plage, ihr helfen, den rechten Weg zum guten Ziele zu gehen. Dann werden wir das Beste für den Sieg der Republik und des Sozialismus getan.

Under Schwelle abweisen müssen wir aber den Gedanken, als ob unsere Regierung in den wenigen Wochen bis zum Zusammentritt der neuen deutschen Volksvertretung die gesamte Wirtschaftsverfassung aus eigener Machtvollkommenheit umkrempeln könnte. Man kann in zehn Wochen nicht den schwersten aller Kriege liquidieren und zugleich den Bau einer sozialistischen Neuordnung bis zum Turnkaut vollenden. Man kann die neue deutsche Volksvertretung, von der wir wissen, wie sie aussehen soll, aber nicht, wie sie aussehen wird, nicht vor vollendete Tatsachen stellen, darf ihrer endgültigen Entscheidung nicht vorgreifen. Sonst kommt man in die Gefahr, alles zu verderben.

Der Fall ist denkbar, daß einschneidende sozialistische Wirtschaftsmaßnahmen, die schließlich dem Wohle des Volksganzen dienen, für die erste Zeit die entgegengesetzten Wirkungen hervorrufen. Die Aussichten der Sozialdemokratie bei den Wahlen würden ungünstig beeinflusst werden, wenn die Wahlen in eine Zeit fielen, in der sich zunächst nur die unangenehmen Wirkungen der von der Regierung ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen geltend machten. Die Regierung würde sich dem Vorwurf aussetzen, die Kompetenzen überschritten zu haben, die einer

demokratischen Selbst befehlten Regierung zustehen. Eine solche Regierung muß die Entscheidung über seine größten Schicksalsfragen

dem Volke selbst überlassen und sie muß ihre Tätigkeit auf solche Maßnahmen beschränken, deren Vornahme im Lebensinteresse des Volkes keinen Aufschub dulden. So kann sie das Vertrauen des Volkes gewinnen, das sie braucht, um nach den Wahlen in ihrem Amte bleiben und den Weg zu ihrem sozialistischen Endziel weiter gehen zu können.

Eine rastlose Aufklärungsarbeit muß mit diesem Tage einsetzen. Sieben Jahre werden zur Zeit der Wahlen vergangen sein, seit das deutsche Volk seinen letzten Reichstag wählte. Damals hat die Sozialdemokratie nur etwas mehr als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinigt. Diesmal muß sie einen gewaltigen Sprung vorwärts tun und mehr als die Hälfte aller Wähler gewinnen, wenn sie sich in der Herrschaft, die sie durch die Revolution übernommen hat, behaupten will. Die Zahl der Wähler wird sich durch Zutritt der Jugendlichen von 20—25 Jahren und der Frauen auf mehr als das Doppelte erhöhen. Breite Volksschichten harren der Aufklärung, die zum erstenmal für das politische Leben erwachen. Ungeheure, unabherrschbare Arbeit ist zu leisten.

Dabei stecken fast alle rednerisch und schriftstellerisch befähigten Parteigenossen in der schwersten Verwaltungsarbeit. Sie und wir andern werden ungeahnte Riesenerträge entwickeln müssen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Wir werden sie nur gewinnen, wenn wir uns der weltgeschichtlichen Größe unserer Arbeit stets gewärtig bleiben. Drum die letzte Kraft darauf gespannt, daß am 2. Februar wie vom 3. bis 9. November die rote Fahne siegreich bleibt!

\* \* \*

### Von unten auf!

Die Revolution hat die Sozialdemokratie zur regierenden Partei gemacht, und nun meinen die deutschen Bolschewiki, die Spartacusleute, die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland müßte im Sandumdrehen zu einer sozialistischen umgewandelt werden. Es ist notwendig, überall dem politischen Aberglauben entgegenzutreten, als könnte man Wirtschaftsordnungen umstülpen wie einen Handschuh. Jeder, der von der Geschichte der Menschheit etwas weiß und sie nach der Lehre von Karl Marx zu verstehen sucht, weiß auch, daß Wirtschaftsordnungen

### im Laufe allmählicher Entwicklungen

entstehen und vergehen. Als der Kapitalismus entstand, hat es durchaus keine Leute gegeben, die da sagten: „So, nun wollen wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung machen!“, sondern diese Ordnung ist geworden, ohne daß die, die an ihrem Werden mitwirkten, sich dessen bewußt wurden.

Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur sozialistischen ist die erste, die von dem Bewußtsein der Menschen klar erfaßt worden ist.

Die sozialistische Ordnung wird nicht nur, sondern wir Menschen wissen, daß sie wird und versuchen nach besten Kräften ihr Werden zu vollenden.

Kein sozialdemokratisch aufgeklärter Arbeiter wird aber glauben, es genüge, den Sozialismus zu proklamieren und er sei da. Wir können, wenn wir überlegt vorgehen, die Entwicklung zum Sozialismus bedeutend abkürzen, wir können aber den Sozialismus nicht wie eine neue Staatsverfassung einführen, weil er etwas ganz anderes, etwas viel feiner Organisiertes ist. Eine

Gewaltkur müßte die furchterlichsten Folgen haben, das kann für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft sein, auch wenn ihm noch nicht der schlagende Beweis von Rußland zur Verfügung stände.

Kein Mensch wird, wenn er mierenkrank ist, zu einem Schlächtermeister gehen und sich von diesem mit dessen Werkzeugen seine frange Niere heraus schneiden lassen. Jeder weiß, daß solche Operationen bei denen es auf Leben und Tod geht, nur von einem tüchtigen Spezialarzt gemacht werden können, der die Lagerung jedes Organs des kranken Körpers genau kennt, der weiß, wie er den Schnitt zu führen hat, wie man blutende Adern unterbindet usw. Nicht minder fein organisiert und empfindlich ist aber unser Wirtschaftsförderung, und wer unvorsichtig operiert, kann leicht bewirken, daß er durch Entblutung zugrunde geht. Es könnte

dann im großen so lauten, wie es die alte Anekdote im kleinen sein läßt: „Operation glücklich verlaufen. Patient tot.“

Darauf wollen wir uns also nicht einlassen, sondern bei jeder sozialwirtschaftlichen Maßnahme werden wir uns fragen, welche Folgen für das Volkswohl sie haben wird und ob sie gerade jetzt angebracht ist.

Um an die

### Sozialisierung der Gesellschaft

heranzugehen, ist aber zu allererst eins notwendig: Eine Volksmehrheit, die sich mit diesem allmählich und planmäßig auszuführenden Unternehmen einverstanden erklärt. Ohne sie hätte das neue Haus keinen festen Grund. Ehe wir darangehen, grundstürzende sozialistische Reformen durchzuführen, müssen wir die konstituierende Versammlung, den allgemeinen deutschen Volksrat, hören und seine Zustimmung für unser Unternehmen gewinnen. Unsere Aufgabe als Partei ist also jetzt, uns auf die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vorzubereiten und alles darauf anzuwenden, daß wir dort die Mehrheit gewinnen.

Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung werden nur einige Wochen, nämlich bis zum 2. Februar vergehen. In dieser Zeit lassen sich grundstürzende sozialistische Reformen überhaupt nicht durchführen. Erhält die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit, so wird sie die von der Reichsleitung getroffenen sozialistischen Maßnahmen wieder rückgängig machen. Schon darum ist es besser, keinen Sprung zu machen, bei dem man sich Hals und Beine bricht, sondern

### hübsch Schritt für Schritt vorzugehen.

An Aufgaben fehlt es der Regierung inzwischen keineswegs. Sie muß die Volksernährung nach Kräften sichern, die Demobilisierung ordnen und mit den bisherigen Gegnern einen Frieden schließen, so gut wie er noch zu haben ist. Das ist für ein Vierteljahr Arbeit genug. Wird sie so ausgeführt, daß das Volk damit zufrieden sein kann, so ist eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung gewiß, und damit wird die feste Grundlage gegeben sein, auf der man weiter bauen kann.

Es heißt also, nicht das Pferd beim Schweif aufzäumen und nicht den Hausbau beim Dach beginnen, sondern es heißt, von unten auf arbeiten, jetzt das zur Erhaltung des dem Volke Notwendigsten zu tun und dem Volke selbst in freier Abstimmung das Entscheidungsrecht über seine Zukunft zu geben. So muß eins nach dem andern kommen. Jeder Versuch, entscheidende Stufen zu überspringen, müßte zum Unglück geraten. —

\* \* \*

### Die Friedensverhandlungen.

Ueber die Inangriffnahme der Friedensfrage liegen heute eine Reihe von Depeschen vor. Danach wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminarfrieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, zu erwarten sein. Sie werden in Paris oder Versailles stattfinden und sollen bis Ende Januar beendet sein.

Danach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrags beginnen. Dazu wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgebildet werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen müssen gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

\* \* \*

### Der Ansturz im Arbeitsvertrag.

In aller Stille ist ein gewaltiger Fortschritt auf dem Gebiet des Arbeiterrechts erzielt worden. Die großen Arbeitgeberverbände haben mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarung für die Übergangswirtschaft getroffen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftspolitischen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne









